

XXII. GP.-NR
1337/J
2004 -01- 27. **ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Einem
und GenossInnen
an die Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
Betreffend Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos gab es nach Medienberichten Hinweise darauf, dass die EU im Dezember jedenfalls zur Auffassung gelangen werde, die Verhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel eines Beitritts der Türkei zur EU aufzunehmen. Aus diesem Anlass stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

1. Welche Position haben Sie bisher als Vertreterin Österreichs im Rat zu einem möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union eingenommen?
2. Wie war Ihr Stimmverhalten bei der Entscheidung, über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nach einem Bericht der Kommission im Dezember 2004 zu entscheiden?
3. Haben Sie selbst allenfalls informelle Zusagen gegenüber Vertretern der Türkei abgegeben oder sind Ihnen solche von anderen Regierungsmitgliedern abgegebene informelle Zusagen bekannt?
4. Welche Argumente sprechen für Sie für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, allenfalls sogar noch unter irischer Präsidentschaft, die nicht auch für die Türkei sprechen?
5. Ist Kroatiens wirtschaftliche, politische oder rechtstaatliche Situation signifikant besser zu beurteilen als die der Türkei?
6. Halten Sie die jahrelangen Signale an die Türkei, sie könne mit einer Aufnahme in die EU rechnen, wenn sie die Kopenhagener Kriterien erfüllt, für außenpolitisch geglückt?

7. Wenn nein: Welche Initiativen haben Sie ergriffen, um einer allenfalls außenpolitisch folgenreichen Enttäuschung dieses großen und für Europa wichtigen Landes vorzubeugen?
8. Mit welchen Konsequenzen rechnen Sie für den Fall einer negativen Entscheidung bzw. einer neuerlichen Verschiebung der Verhandlungsaufnahme auf einen unbestimmten späteren Zeitpunkt?
9. Soll bei einer Entscheidung im Europäischen Rat über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei auch auf die Stimmung in der Bevölkerung in den EU-Staaten Rücksicht genommen werden?
10. Gibt es Gründe, die Türkei in dieser Hinsicht anders zu behandeln, als andere beitrittswillige Staaten?
11. Wenn nein: Plant die Bundesregierung eine Informationskampagne, um die Bevölkerung über die mit der Aufnahme der Türkei in die EU verbundenen positiven und negativen Effekte aufzuklären und ihr die Angst vor einem solchen Schritt zu nehmen?
12. Sind Sie für einen Beitritt der Türkei zur EU, wenn auch erst nach Erfüllung der Kopenhagener Kriterien?
13. Was spricht aus Ihrer Sicht heute (noch) gegen einen Beitritt der Türkei zur EU?
14. Sind Sie auch im Falle der Türkei für eine gewisse Flexibilität in der Beurteilung der Fortschritte des Landes bei der Erfüllung der Kriterien, wie Sie das im Falle Kroatiens verlangt haben?
15. Warum?
16. Welches ist die Auffassung der Bundesregierung zur Erweiterung der EU über die heutigen Kandidatenländer hinaus?

